



Interviews

Datum: 10. August 2024

Felix Banaszak, Grünen-Bundestagsabgeordneter, im Gespräch mit Josephine Schulz

Josephine Schulz: Grüner, klimafreundlich produzierter Stahl made in Germany – das ist die Zukunftsvision für die die öffentliche Hand Milliarden investiert an Subventionen. Aber ob das so klappt, das ist alles andere als sicher. Gestern gab es bei Thyssenkrupp eine Aufsichtsratssitzung zur Zukunft der Stahlsparte. Und diese Sitzung wurde den ganzen Tag begleitet von Protesten der Arbeitnehmer, die um ihre Jobs und um Standorte fürchten. Und jetzt können wir mit Felix Banaszak von den Grünen sprechen, im Bundestag maßgeblich befasst mit den Themen Wirtschaft und Haushalt, hat seinen Wahlkreis in Duisburg, also genau am Ort des Geschehens. Und er war auch Vorsitzender der Grünen in Nordrhein-Westfalen, wo die Stahlproduktion ja ganz maßgeblich beheimatet ist, schönen guten Morgen.

Banaszak: Ja, guten Morgen, Frau Schulz.

Schulz: Wir haben es gehört, der Bund und das Land NRW geben zwei Milliarden Euro Subventionen an Thyssenkrupp für die grüne Transformation der Stahlproduktion. Und bei Thyssenkrupp redet man über möglichen Stellenabbau und Verkauf an einen ausländischen Investor. Wie kann das sein?

Banaszak: Na ja, mit diesen zwei Milliarden Förderzusage, die ja Robert Habeck und Mona Neubaur und Hendrik Wüst im letzten Jahr übergeben haben, sind ja zwei Botschaften verknüpft. Die erste und zentrale Botschaft ist, der Staat, also die Bundesregierung und die Landesregierung – an beiden Stellen sind wir als Grüne ja maßgeblich beteiligt – glauben an den Stahl, glauben an die Stahlindustrie in Deutschland und auch an den Standort in Duisburg. Und deswegen sind wir bereit, auf diesem Weg zur klimaneutralen Produktion das zu tun, was der Staat tun kann und sollte. Denn eine solche Investition, ein solcher Umbau zu einer komplett anderen Produktionsweise der lässt sich eben nicht mal eben aus der Portokasse bezahlen. Da braucht es Unterstützung. Aber die zweite Botschaft ist genauso wichtig. Das ist kein Blankoscheck. An diese Förderzusage sind ja auch Erwartungen an den Konzern Thyssenkrupp geknüpft, seinerseits alles dafür zu tun, dass das am Ende keine Investitionsruine wird, sondern ein produktiver, ein Standort bleibt, zukunftssicher, mit guter Arbeit. Und in der Zusammenschau dieser beiden Perspektiven muss man diese Entscheidung betrachten.

Schulz: Aber Sie haben jetzt gesagt Erwartungen. Was passiert denn, wenn Thyssenkrupp diese Erwartungen einfach nicht erfüllt?

Banaszak: Na, gerade darüber wird ja gerade so intensiv beraten. Die Aufsichtsratssitzung gestern hätte ja eigentlich schon viel früher stattfinden sollen. Eben, weil es keine Einigung

bisher zwischen eben der Konzernmutter, der Thyssenkrupp AG in Essen und der Stahlsparte gibt und vor allem auch nicht mit den Beschäftigten, mit den Arbeitnehmervertretern. Und unsere Rolle als Politik ... ich meine, ich bin jetzt Abgeordneter, der die Interessen auch seines Wahlkreises vertritt, aber eben auch in den Ministerien beobachten wir das natürlich ganz genau. Und am Ende ist schon klar – und Sie werden verstehen, dass man solche Verhandlungen oder solche Gespräche jetzt ja nicht komplett öffentlich führen kann, aber am Ende ist schon klar, wenn jetzt Entscheidungen getroffen würden, die ein Insolvenzrisiko nicht ausschließen, sondern bei denen man befürchten muss, dass da in nicht zwei Jahren, denn so lange ist die Finanzierung gesichert, sondern in drei, vier, fünf Jahren, und so lange geht ja ein Stahlzyklus, am Ende da das Licht ausgeht, ja, dann werden natürlich nicht die zwei Milliarden Euro am Ende überwiesen.

Schulz: Aber das habe ich mich gefragt, wenn man so hohe Milliardensubventionen zahlt und der Staat ja damit den wesentlich größeren Anteil der Transformation solcher Unternehmen zahlt als das Unternehmen selbst in dem Fall, wieso stellt man dann nicht von Anfang an knallharte Bedingungen? Wieso wird da überhaupt noch jetzt verhandelt? Wieso sagt Robert Habeck nicht, Arbeitsplatzabbau gibt es nicht, Verkauf der Stahlsparte gibt es nicht, ansonsten fließen hier keine Milliarden von Anfang an?

Banaszak: Na ja, man muss zwei Dinge voneinander unterscheiden. Das eine ist ja die Frage: Was passiert eigentlich an Investitionen für diese Transformation und wie läuft die an sich ab? Und dort ist in jedem dieser Förderbescheide nicht nur für Thyssenkrupp Steel in Duisburg, sondern auch für das Werk in Salzgitter, für die Werke von ArcelorMittal, für die im Saarland, ganz klar festgelegt, das Geld fließt dann, wenn an einem vereinbarten Standort die Anlage aufgebaut und betrieben wird. Die zwei Milliarden Euro sind ja nicht nur eine Investitionsunterstützung, sondern auch eine Unterstützung für erhöhte Betriebskosten, weil die wasserstoffbasierte Produktion erst mal teurer sein wird. Also die Gelder sind per se an die konkreten Transformationsbemühungen geknüpft. Und das Zweite ist ja die Frage: Steht eigentlich um diese Anlage, die gebaut wird, ein funktionierendes Stahlwerk? Und da muss man jetzt in Bezug auf Duisburg sagen, dass es da zu Restrukturierungsmaßnahmen kommt, also dass dort auch Arbeitsplätze abgebaut werden, ist nicht per se ein Bruch der Vereinbarung. Denn das Unternehmen Thyssenkrupp Steel arbeitet seit einigen Jahren nicht mehr profitabel. Das heißt, auch, wenn es verselbständigt würde, könnte es so dauerhaft nicht am Markt bestehen. Es wird weniger produziert als die Anlagen zulassen würden. Damit macht man Verluste. Dass man da etwas tut, ist aus meiner Sicht vollkommen richtig. Die Frage ist nur: Wie tut man das und welche Unterstützung gibt der Konzern eben der Stahlsparte auch mit auf den Weg?

Schulz: Aber wenn nicht für die Arbeitsplätze, wofür zahlt man die Milliarden dann? Ich dachte, das ist das primäre Ziel, Wertschöpfung, Arbeitsplätze in Deutschland zu halten.

Banaszak: Genau, aber nicht 1:1 jeder Arbeitsplatz, der so besteht. Das ist in der Stahlindustrie und auch in anderen Industrien ja so gar nicht erwartbar. Wir haben ein hartes internationales Wettbewerbsumfeld und es geht nicht darum, hier ein Industriemuseum aufzubauen, sondern dafür zu sorgen, dass eben die Stahlproduktion in Deutschland eine Chance

hat. Und das bedeutet für alle Standorte in Deutschland, dass sie eben auf dem Weg zur klimaneutralen Produktion wasserstoffbasiert begleitet und auch staatlich unterstützt werden. Das ist ein volkswirtschaftliches Interesse, das dahintersteht, dass wir eine eigene Stahlindustrie hier in Deutschland haben und uns dort nicht abhängig machen. Und das Zweite sind konkrete unternehmerische Entscheidungen jetzt in Duisburg, weil dort auch in der Vergangenheit – ich meine, die meisten kennen die Geschichte von Fehlinvestitionen in Brasilien und, und, und – einfach die Situation noch mal besonders angespannt ist. Und wenn ich einen Großteil der Arbeitsplätze erhalten möchte, dann kann es notwendig sein, auf dem Weg auch zu restrukturieren, also auch Arbeitsplätze abzubauen. Das geht sozialverträglich. Das ist nach einem langen Kampf auch zugesagt worden. Aber wie gesagt, das Zentrale ist jetzt: Was gibt eigentlich der Thyssenkrupp-Konzern seiner Tochter auf den Weg in die Selbständigkeit mit?

Schulz: Genau diese Frage, darauf wollte ich gerade noch einmal kommen. Thyssenkrupp hat Anfang des Jahres fast 100 Millionen Euro an Dividende an die Aktionäre ausgeschüttet. Auch da fragt man sich ja: Wie kann so was sein bei einem Unternehmen, was staatlich finanziert wird und wo jetzt nicht klar ist, ob das Stahlgeschäft genug Finanzierung vom Konzern bekommt?

Banaszak: Na, wir haben es hier mit einem sehr klaren Interessengegensatz zu tun zwischen der Thyssenkrupp AG, also dort dem Konzernvorstand und auch dem Aufsichtsrat, die sich erst einmal primär ihren Aktionären verpflichtet fühlen und eben den Interessen auf der einen Seite des Stahlunternehmens selbst, der Beschäftigten, aber ich würde an der Stelle auch sagen der Allgemeinheit. Warum ist das so? Weil wir ein Interesse daran haben, dass Deutschland eine starke, eine funktionierende Stahlindustrie hat. Stahl ist ein zentraler Teil vieler Wertschöpfungsketten. Ich meine, man muss sich ja nur in der eigenen Wohnung umgucken. Und wir wollen nicht, dass das einfach alles irgendwann nur noch woanders produziert wird, wo wir auch gar keinen Einfluss darauf haben, wie die Bedingungen sind, in denen da produziert wird. Und deswegen ist meine Erwartung sehr klar. Die habe ich auch mehrfach schon kommuniziert. Am Ende können staatliche Gelder nur dann auch zur Verfügung gestellt werden, wenn der Konzern so viel Geld jetzt auf dem Weg der Verselbständigung mitgibt, dass das auch über die zwei Jahre, die jetzt zugesichert sind, hinaus funktionieren kann. Und solange das nicht so ist, muss man sich das genau anschauen.

Schulz: Aber das ist ja in der Vergangenheit sehr oft schiefgegangen. Also Robert Habeck setzt als Wirtschaftsminister sehr stark auf riesige Subventionen für die Transformation. Da geht es nicht nur um Stahlunternehmen, da geht es auch um Schifffabriken. Und da kann man ja schon fragen: Ist das die richtige Strategie, wenn man überall Geld reinbuttert, ohne eine feste Garantie von der anderen Seite zu haben? Es gibt ja diverse Beispiele – vom Batteriehersteller Varta, von Karstadt Kaufhof – wo immer wieder Hunderte Millionen reingepumpt wurden und am Ende war der Staat sozusagen der Doofe, weil wenig übriggeblieben ist.

Banaszak: Na ja, man muss ja zwei Dinge unterscheiden. Das eine sind die Subventionen zum Beispiel für die Ansiedlung von Unternehmen und auch von ganzen Branchen, wie jetzt

bei der Chip-Industrie. Ich meine, wir haben jetzt im Bereich der Energie gesehen, wie fatal es sein kann, wenn man in Schlüsselfragen von autoritären Staaten abhängig ist – an der Stelle Russland. Aber wir haben ja auch kein Interesse daran, dass wir bei den zentralen Halbleitertechnologien komplett abgeschnitten sind, wenn wir eine andere geopolitische Situation haben, dass wir das bei der Solarindustrie wären und, und, und. Das bedeutet, es kann schlicht aus Resilienz-Gründen, also aus Wirtschaftssicherheitsgründen, einen volkswirtschaftlichen Impuls geben zu sagen, da gehen wir jetzt auch mit staatlichen Subventionen rein, denn die anderen tun es auch. Also, diese Warnung vor einem Subventionswettbewerb ist schön. Und wenn man sich das VWL-Lehrbuch von 1995 noch mal anguckt, dann steht da drin, das sollte man nicht tun. Aber wir leben halt nicht im VWL-Lehrbuch von 1995, sondern einer hoch kompetitiven globalen Wettbewerbswelt, in der China, USA und andere massiv subventionieren. Und jetzt kann sich Deutschland halt entscheiden, da zuzugucken und zu sagen, aber die reine Lehre ist anders und in fünf, und zehn, und 20 Jahren die Konsequenzen davonziehen oder es anders tun. Und dann gibt es eben die Unternehmen, die ins Straucheln geraten sind und wo der Staat darüber entscheiden muss, unterstützen wir auf dem Weg. Bei Karstadt Kaufhof war ich da immer skeptisch. Und jetzt ist es natürlich aus der heutigen Perspektive einfach zu sagen. Aber wir diskutieren beispielsweise gerade auch darüber, ob die ins Straucheln geratene Meyer Werft in Papenburg staatlich unterstützt wird. Und da hat ein Sanierungsgutachten ergeben, na ja, da gibt es vermutlich dauerhaft eine sehr, sehr gute Perspektive. Und entweder der Staat steigt ein oder es geht da eventuell auch zentrale Qualifikation verloren. Das muss man dann abwägen.

Schulz: Gut, Sie haben jetzt gesagt, Deutschland hat ein Interesse an einer eigenen Stahlindustrie. Viele Ökonomen sehen das anders, sagen, grünen Stahl, den kann man auch wunderbar importieren aus anderen Ländern, die auch nicht problematisch sind, aus USA zum Beispiel, und sagen, deutscher grüner Stahl der wird niemals konkurrenzfähig sein, denn er wird immer teuer sein. Das wird eine Dauersubventionsbaustelle werden. Wieso sind Sie da anderer Ansicht?

Banaszak: Erstens, weil sehr viele dieser Annahmen dazu, welchen Teil von Stahlwerterschöpfungskette man eigentlich wohin verlagern kann, auf erst einmal unbewiesenen Annahmen beruhen. Und wir haben ja auch die Diskussion darüber, ob denn vielleicht jetzt nicht die komplette Stahlindustrie hier abgebaut werden sollte, aber man doch vielleicht die Rohstahlerzeugung, also das, wofür jetzt beispielsweise in Duisburg die Hochöfen durch Direktreduktionsanlagen wasserstoffbasiert ersetzt werden. Könnte man das nicht auch – ich weiß nicht – in Marokko, Tunesien oder wo auch immer machen lassen? Da könnte man schöne große Felder erneuerbare Energien aufbauen, Elektrolyseur danebenstellen, Rohstahl produzieren. Ja, nur ist man dann ja darauf angewiesen, dass da auch andere Leute sagen, ach, super und den Rohstahl verschiffen wir dann günstig zu euch nach Duisburg, damit ihr den da lukrativ weiterverarbeiten könnt. Und am Ende ist es ein bisschen so „slippery slope“. Also, natürlich, man findet immer Begründungen, warum einzelne Teile unserer Wirtschaftsstruktur auch woanders produziert werden könnten und dann steht man am Ende vielleicht ganz ohne Wirtschaftsstruktur da. Das ist nicht das Ziel der Grünen.

Schulz: Sagt der grüne Bundestagsabgeordnete Felix Banaszak, ganz herzlichen Dank für das Gespräch.

Banaszak: Danke Ihnen.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.